

„Mitte“ lehnt Etat und Stellenplan ab

Vorschläge Meverts finden im Rat der Stadt keine Mehrheit

Obernkirchen. Die Einwohnerzahl der Bergstadt sinkt und ist nicht mehr fünfstellig wie in der Vergangenheit. Die gesamtdeutsche demographische Entwicklung macht auch hier keine Ausnahme. Die Zahl der Sterbefälle ist deutlich höher als die der Geburten. Und das hat Folgen. Mit dem Unterschreiten des Grenzwertes 10 000 verliert Obernkirchen zwar nicht die Stadtrechte, aber einige Positionen im Stellenplan der Verwaltung und auch Ratssitze. In einer Hinsicht haben die Kommunalpolitiker dieser Entwicklung bereits im Vorfeld Rechnung getragen. Sie haben entschieden, dass der Rat der Stadt von zurzeit 27 Mitgliedern bei der nächsten Kommunalwahl auf 23 verkleinert wird. Auch die Ortsräte geben Sitze ab. Sie werden künftig nicht mehr elf Mitglieder haben, sondern nur noch neun. Weil die gesetzlichen Vorschriften für eine Kommune unter 10 000 Einwohnern auch in den Stellenplan der Stadtverwaltung eingreifen, wollte Stadtdirektor Wilhelm Mevert einen Nachtragshaushalt verabschieden lassen.

Dieser Vorschlag sah vor, zwei weitere nach A 11 (Amtmann) bezahlte Stellen zu schaffen und dafür je eine Stadtoberinspektor- und Stadtinspektorstelle einzusparen. Mit 13:12 Stimmen lehnte der Rat mit den Stimmen der Gruppe „Mitte“ diesen Wunsch des Verwaltungschefs ab. Wilhelm Mevert hatte für eine Entlohnung nach Leistung plädiert.

Martin Schulze-Elvert (Gruppe Mitte) sprach in seiner Entgegnung auf diesen Vorschlag davon, dass die Bergstadt eine zu breite Verwaltungsspitze habe. Dieser Umfang sei ab 2006 ohnehin nicht mehr zu halten. In dem Zusammenhang forderte er eine Personalbedarfsplanung. Zur SPD-Fraktion gewandt, rief er aus: „Sorgen Sie dafür, dass wir wieder über 10 000 Einwohner kommen, dann ändern sich die Voraussetzungen.“

Alt-Bürgermeister Adolf Bartels reagierte darauf mit dem Hinweis, dass es nicht korrekt sei, die Mitarbeiter für ihr Engagement zu loben, ihre Leistungen aber nicht zu honorieren. An die Ratsmehrheit wendete er sich mit dem Zuruf: „Sie wollen doch auch leistungsgerecht bezahlt werden, und deswegen kommt mir diese Entscheidung etwas zynisch vor!“

Konrad Bögel (Gruppe Mitte) schlug die Einführung eines Rotationsverfahrens zwischen den Kommunen zur Lösung dieses Problems vor. Schließlich sollte man guten Leuten nicht die Chance zum Aufstieg verbauen. Außerdem seien die interkommunale und die regionale Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen ohnehin ein wichtiges Zukunftsthema.

Erwiderte Oliver Schäfer (SPD): „Soll das etwa bedeuten, dass wir unseren Mitarbeitern eine Briefmarke aufkleben und ihnen freie Fahrt gewähren, damit sie sich wegbewerben können? Wir haben doch ohnehin damit zu kämpfen, dass unsere Verwaltung kleiner geworden ist.“

Die Sprecherin der Gruppe „Mitte“, Beate Krantz, wollte die weitere Diskussion abkürzen und verwies darauf, dass sich auf dem Feld der Regionalisierung sicherlich etliches tun werde. Sie erwähnte dabei die wirtschaftliche Schieflage des Landkreises Lüchow-Dannenberg. Mit diesen Problemen müsse sich die kommende Politiker-Generation befassen.

Nur ganz am Rande wurde zur Kenntnis genommen, dass die gesunkene Einwohnerzahl Obernkirchens auch einen Einfluss auf die Besoldung des ersten hauptamtlichen Bürgermeisters der Stadt haben wird. Er bekommt dann nämlich nicht mehr die Gehaltsgruppe A 16, sondern ist eine tiefer angesiedelt. Auch das könnte für einen möglichen Bewerber oder eine Bewerberin von Belang sein. rnk